



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch in dieser Ausgabe möchte ich Sie über die wichtigsten europapolitischen Themen aus Straßburg und Brüssel im Monat Oktober informieren:

1. **Mehr Transparenz auf dem Energiemarkt- Großhändler müssen ihre Geschäfte offen legen**
2. **Reform der Hochschulbildung: Modernisierung und Beschäftigungsfähigkeit sind Kernstücke der " Strategie Europa 2020"**
3. **Neue Finanzmittel zur Förderung des aktiven Alterns**
4. **Beschluss des EU- Parlaments zur Erhöhung der Verkehrssicherheit**
5. **Schutz von Minderjährigen in der digitalen Welt**
6. **Vierter Europakongress in Potsdam**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325
Fax: +32 228 49325

E-mail: christian.ehler@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007

F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325
Fax: +33 3881 79325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720
Fax: +49 331 200 85 719

E-mail: info@christian-ehler.de

1. Mehr Transparenz auf dem Energiemarkt - Großhändler müssen ihre Geschäfte künftig offen legen



Der Endkunde soll besser geschützt werden. Am Mittwoch den 12. September stimmte das EU-Parlament mit großer Mehrheit für den Vorschlag der Kommission zur Verordnung über "Integrität und Transparenz des Energiemarkts" (REMIT). Ziel der Verordnung ist es, Missbrauch im Energiegroßhandel vorzubeugen, um den Endnutzern durch mehr Transparenz auf dem Energiemarkt einen besseren Einblick in die Preisbildung zu gewähren.

Unabhängige Beobachter der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) sollen den Großhandel europaweit überwachen, damit Mitgliedstaaten wettbewerbsfeindliches Verhalten verhindern und bestrafen können. Die Liefer- und Transportverträge von Erdgas, Elektrizität und deren Derivate werden durch die EU-Verordnung (REMIT) neu geregelt. Darüber hinaus soll der Gebrauch von Insider-Informationen sowie versuchte Marktmanipulation untersagt werden. Bei einem Verstoß gegen die REMIT-Verordnung, müssen die nationalen Sanktionsmechanismen dem tatsächlichen Schaden Rechnung tragen, um einen finanziellen Ausgleich beim Endkunden herzustellen.

Die Agentur ACER wird den Mitgliedstaaten Daten bereitstellen, um ihnen bei der Untersuchung von Verstößen gegen die Verordnung zu helfen und Rechtsmittel durchzusetzen. Energiegroßhändler müssen dann künftig auf Antrag des Parlaments in ein EU- Register eingetragen werden. Bald wird kein Marktteilnehmer mehr ein Geschäft eingehen können, der nicht registriert wurde. Zum Erlassen des Rechtsaktes wird die endgültige Fassung der Verordnung an den Rat der Europäischen Union weitergeleitet.

[Zur Pressemitteilung des Parlaments und weiteren Hinweisen zur REMIT- Verordnung](#)

2. Reform der Hochschulbildung: Modernisierung und Beschäftigungsfähigkeit sind Kernstücke der "Strategie Europa2020"

Die EU-Kommission hat am 20. September 2011 im Rahmen der EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung mit der Mitteilung "Wachstum und Beschäftigung unterstützen - eine Agenda für die Modernisierung von Europas Hochschulsystemen" eine neue Reformstrategie vorgelegt, mit der die Anzahl der Hochschulabsolventen erhöht und die Qualität der Lehre verbessert werden soll. Zu den Initiativen gehören ein europaweites mehrdimensionales Hochschulranking und eine Bürgschaft für Studiendarlehen im Rahmen von "Erasmus für Masterstudierende".



Die Kommissionsmitteilung weist darauf hin, dass einige Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene noch mehr für das Erreichen gemeinsamer Bildungsziele tun müssen. Ziele der Reformen sind die Steigerung der Anzahl an Hochschulabsolventen, das Gewinnen breiter Gesellschaftsschichten für die Hochschulbildung, die Verringerung der Anzahl von Studienabbrechern, die Verbesserung der Qualität der Lehre und die Möglichkeit für Studierende durch Praktika- und Auslandsaufenthalte zusätzliche Fähigkeiten zu erwerben. Angestrebt wird darüber hinaus, die Zahl an Forschenden zu

erhöhen sowie die Sicherstellung einer effizienten Finanzierung, um den Hochschulen mehr Freiräume zu schaffen und Investitionen in eine hochwertige Bildung zu ermöglichen.

Die Modernisierung der Hochschulen besitzt in vielen Mitgliedstaaten schon jetzt Priorität. Jedoch könnte das Potenzial, mit dem europäische Hochschulen zum Wohlstand beitragen, noch weiter ausgeschöpft werden. Die Bildungspolitik muss in den Mittelpunkt gerückt werden, damit bis zum Jahre 2020 40 % der jungen Erwachsenen über einen Hochschulabschluss verfügen. "Hochschulbildung ist eine starke Antriebskraft für das Wirtschaftswachstum. Sie öffnet das Tor zu besseren Lebensbedingungen und bringt Chancen und Möglichkeiten für die Menschen mit sich", erklärte dazu Androulla Vassiliou, die EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend.

Mit der Umsetzung der Strategie für Wachstum und Beschäftigung käme die Europäische Union ihrem Ziel, durch eine leistungsfähigere Hochschulbildung Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu schaffen, um einiges näher. Die Reform der Hochschulbildung Europas ist daher dringend notwendig. Sie muss ein Motor für Europas Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit werden und zum sozialen Ausgleich beitragen.

[Weiterführende Informationen](#)

3. Neue Finanzmittel zur Förderung des aktiven Alterns

2012 wird das „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“. Am 5. September fand dazu auf Einladung der federführenden Generaldirektion der EU-Kommission für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit ein Informationsaustausch mit den deutschsprachigen Regionen statt. Die deutschen Bundesländer sowie Vertreter aus Österreich und Luxemburg gaben dabei einen Überblick über ihre aktuellen Pläne und Aktivitäten. Die EU-Kommission informierte über die thematischen Schwerpunkte: soziale Teilhabe und Ehrenamt, Beschäftigung sowie gesundes und



unabhängiges Leben. Für die Arbeiten auf europäischer Ebene stehen fünf Millionen Euro zur Verfügung, mit denen vor allem Veranstaltungen und die Öffentlichkeitsarbeit für das Europäische Jahr finanziert werden sollen.

Die Aktivitäten der Regionen sollen auf der Webseite zum Europäischen Jahr des aktiven Alterns zusammen getragen werden. Die Webseite ist dabei als zentrale Informationsplattform des Europäischen Jahres konzipiert. Dort werden sich später auch Informationen zur nationalen Auftaktveranstaltung für das Europäische Jahr des aktiven Alterns finden, die im Februar 2012 in Berlin stattfinden soll. Der Ausschuss der Regionen, die Europäische Plattform für ältere Menschen (AGE) und die EU-Kommission haben zudem eine Broschüre herausgegeben, die EU- Projekte für regionale und lokale Initiativen vorstellt, um das aktive Altern sowie die Solidarität zwischen den Generationen zu unterstützen.

[Weiterführende Informationen](#)

[Broschüre](#)

4. Beschluss des EU-Parlaments zur Erhöhung der Verkehrssicherheit



Das EU-Parlament hat die Mitteilung der Kommission „Ein europäischer Raum der Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit 2011-2020“ vom 20. Oktober 2010 begrüßt. Das Parlament fordert die Kommission aber gleichzeitig auf, die vorgestellten Ansätze bis Ende 2011 zu einem vollwertigen Aktionsprogramm zur Straßenverkehrssicherheit weiterzuentwickeln.

Das neue Aktionsprogramm soll einen detaillierten Maßnahmenkatalog mit klaren Zeitplänen, einer Halbzeitauswertung und Monitoring-Instrumenten umfassen, um regelmäßige Erfolgskontrollen durchzuführen.

Im Einzelnen enthält der Bericht konkrete Maßnahmevorschläge zur Verbesserung der Ausbildung der Straenverkehrsteilnehmer durch Sehtests, frühzeitiges Training für Kinder im Straenverkehr, sowie eine europaweite Einführung des Führerscheins ab 17 Jahren.

Der Bericht macht weiterhin detaillierte Vorschläge zur Harmonisierung und Durchsetzung von Straenverkehrsvorschriften, zur Schaffung sichererer Straenverkehrsinfrastrukturen, zur Nutzung moderner Technologien für Fahrzeuge und Notdienste, sowie zum Schutz schwächerer Straenverkehrsteilnehmer.

Der Berichterstatter des Parlaments, Dieter-Lebrecht Koch (CDU), hatte bei der Ausarbeitung seines Initiativberichts nach eigenen Worten eine Vision von "Null Toten" als langfristiges Ziel vor Augen. In einem ersten Schritt soll zwischen 2010 und 2020 die Zahl der Schwerverletzten um 40 % und die der

getöteten Kinder im Straßenverkehr um 60 % reduziert werden. Das Parlament fordert deshalb unter anderem eine harmonisierte Analyse von Verletzungs- und Unfallursachen sowie den EU-weiten Austausch von Daten unter Wahrung eines hohen Datenschutzniveaus. Die Abgeordneten fordern die Europäische Kommission auf, einen EU-Verkehrssicherheitskoordinator zu ernennen, um den Mitgliedstaaten zu helfen, den Aktionsplan in die Tat umzusetzen.

[Zur Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

5. Schutz von Minderjährigen in der digitalen Welt



Die EU-Kommission hat sich im Rahmen ihrer "Digitalen Agenda" für Europa das Ziel gesetzt, das Vertrauen von Minderjährigen in das Internet zu erhöhen und bei ihnen ein Bewusstsein für den Umgang mit persönlichen Daten in sozialen Netzwerken zu schaffen. In einem Bericht wurde nun veröffentlicht, wie die Mitgliedsstaaten die bisherigen EU-Empfehlungen zum Schutz von Minderjährigen bei der Nutzung von Online-Diensten umgesetzt haben.

Laut dem Bericht haben bereits 77 Prozent der 13- bis 16-Jährigen und 38 Prozent der 9- bis 12-Jährigen Internetnutzer in Europa ein Profil auf einer Website zur sozialen Vernetzung, wie zum Beispiel Facebook, Myspace oder SchülerVZ, wobei die Profile von einem Viertel der angemeldeten Nutzer für jeden öffentlich zugänglich sind. Für einen ausreichenden Schutz von Minderjährigen im digitalen Umfeld sollen daher einheitliche Konzepte zur Meldung von illegalen oder schädlichen Inhalten verfolgt werden, ebenso wie einheitliche Alterseinstufungssysteme, die sicherstellen, dass Kinder nur altersgerechte Inhalte abrufen können.

Die Kommission will die Ergebnisse des Berichts zur Umsetzung der Grundsätze für sichere soziale Netze in einer umfassenden Initiative berücksichtigen, die noch dieses Jahr in Gang gebracht werden soll. Die Kinder sollen so besser auf den Umgang mit den neuen Technologien vorbereitet werden, um auch einen effektiven Selbstschutz gewährleisten zu können. Die ersten Selbstverpflichtungen von Dienst Anbietern zum besseren Schutz der Privatsphäre reichen dazu bisher nicht aus.

Als konkrete Maßnahmen empfiehlt die Kommission die Steigerung der Bekanntheit von Hotlines und Verbesserung der einschlägigen Infrastrukturen zur effizienteren Entfernung illegaler Inhalte. Ebenso sollen Kinder durch Aufklärung und Information für die Risiken und Schutzmöglichkeiten in sozialen Netzwerken sensibilisiert werden.

[Zur Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht vom 13. September 2011](#)

6. Vierter Europakongress in Potsdam

Auch dieses Mal möchten wir Sie in unserer Europamail auf den 4. Europakongress mit dem Thema "Aktuelle vergaberechtliche Entwicklungen in der EU und ihre Auswirkungen auf die Kommunen" vom 23.-24. März 2012 im Seminaris Seehotel in Potsdam aufmerksam machen. Gerade vor dem Hintergrund der Auswirkungen von Entscheidungen auf europäischer Ebene für die Städte und Gemeinden möchten wir den Dialog mit Ihnen fortsetzen. Weitere Hinweise zu dieser Veranstaltung finden Sie in den kommenden Europamails.